

Bochumer Studenten Zeitung

Jahrgang 1 / 1967

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß (ASTa) der Ruhr-Universität

Nr. 1 / 15. Februar 1967

Förderungswerk will mit Gewalt Lösung

BOCHUM. In der vergangenen Woche kam es zum ersten Male seit Bestehen der Universität zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Teilen der Studentenschaft und dem Akademischen Förderungswerk. Rund 300 Studierende hatten sich zu einer Protestkundgebung im Staatlichen Wohnheim II versammelt. Sie erklärten dem Vorsitzenden des Förderungswerkes, Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, offen ihr Mißfallen an dem Plan, im Turm IIB des Studentenheims eine geschlossene Gruppe von rund 50 katholischen Theologiestudenten einzuquartieren. Prof. Biedenkopf ist gleichzeitig rector designatus der Ruhr-Universität und damit (ab 15. Oktober) Nachfolger des amtierenden Rektors Prof. D. Greeven. Meinte ein Student hinterher: „Prof. Biedenkopf hätte hier die Gelegenheit gehabt, sich Sympathien zu erwerben. Er hat es versäumt. Sein Pech...“

Provoziert wurden die Proteste durch Kündigungsschreiben, die die Bewohner des Turms II/B am 4. Februar in ihren Briefkästen fanden. Obwohl übers Wochenende ein großer Teil der Heimbewohner abwesend ist, verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer. Gekündigt wurde den 9 Assistenten und 46 Studenten zum 1. April. Man versprach ihnen den Mietnachlaß für einen Monat, wenn sie sich bereit fänden, in andere Zimmer einzuziehen, die angeblich vom Akademischen Förderungswerk bereitgestellt würden. Grund dieser Maßnahme: „Im Turm IIB sollen ab 1. April 1967 Studenten der katholischen Theologie untergebracht werden, die durch die zwingende Regelung ihres Studienganges gehalten sind, in einer geschlossenen Gemeinschaft zu wohnen. Diese Gruppe kann nur im staatlichen Wohnheim Aufnahme finden.“ Aber genau das wurde bezweifelt. Schon am folgenden Tag erhielten die Heimbewohner eine Aufforderung vom ASTa, auf das Schreiben des Akademischen Förderungswerkes nicht einzugehen. Außerdem wurde für Donnerstag eine Protestversammlung einberufen. Diese Versammlung war von den Heimsprechern hervorragend organisiert worden, sodaß sie ohne Mißtöne endete. Erfreulich die Tatsache, daß Prof. Biedenkopf die Herausforderung annahm und sich der Diskussion stellte. Prof. Dr. Teichtweier, der Dekan der Abteilung Katholische Theologie war ebenfalls erschienen. Allerdings konnten die Studenten alle Argumente, mit denen die Zwangslösung begründet wurde, entschieden zurückweisen. Prof. Biedenkopf versuchte den Protest der Heimbewohner zu unterlaufen, indem er ihn als gegen die katholischen

Studenten gerichtet interpretierte. Dieser Vorwurf wurde aber zum Teil erregt zurückgewiesen. Verblüfft hatte allein die Blitzaktion des Förderungswerkes, durch die sich die Heimbewohner überfahren fühlten. Sie fürchten, daß die Gemeinschaft durch eine Gruppe, die sich absondern will, empfindlich gestört wird. Es stellte sich dann auch heraus, daß auf der Warteliste für die Staatlichen Wohnheime inzwischen 300 Studierende stehen. Einige Anträge sind schon im März 1966 gestellt worden, und konnten bisher nicht berücksichtigt werden. Die Studenten waren der Ansicht, es bedeute eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, wenn für mindestens vier Semester 55 Wohnplätze einer Fachgruppe vorbehalten bleiben. Aber nicht einmal, wie sich herausstellte, waren die Übergangsschwierigkeiten gelöst. Das Akademische Förderungswerk hatte sich lediglich die Zusage von Pater Stephan Richter eingeholt, für die von der Kündigung betroffenen Studenten Zimmer in anderen Heimen zu besorgen. Doch kann Pater Richter nicht über die Vergabe von Plätzen im Haus Michael und im Roncalli-Haus bestimmen. Und dort war von einer solchen Lösung auch noch nichts bekannt... Eine alte Forderung ist die Freigabe der Gemeinschaftsräume, die bis jetzt von Architekten benützt werden. Nun scheint die Freigabe auf einmal kein Problem mehr zu sein — doch sollen, wie Prof. Biedenkopf erklärte, die Gemeinschaftsräume „fast ausschließlich“ wiederum den Theologen vorbehalten bleiben (gegen eine saftige Miete in Höhe von 850 DM monatlich übrigens). Ebenfalls befremden muß die Tatsache, daß das Akademische Förderungswerk



In der Halle des Staatlichen Wohnheims II stellte sich der Vorsitzende des Akademischen Förderungswerkes, Prof. Dr. Biedenkopf (am Mikrophon), und der Dekan der Abteilung für Katholische Theologie, Prof. Dr. Teichtweier (links, sitzend), den protestierenden Heimbewohnern und Studenten. (Foto: BSZ)

eine Liste besitzt „von mit öffentlichen Mitteln geförderten Räumen in Privathäusern, die bisher nicht an Studenten vermietet worden sind.“ Diese Räume sind jetzt den betroffenen Assistenten vermittelt worden! Als ob nicht längst die Möglichkeit bestanden hätte, sie durch das Studentenwerk an die richtige Adresse, nämlich Studierende, weiterzugeben! Überhaupt stellte sich bei der Gelegenheit heraus, daß das Akademische Förderungswerk rechtlich in der Lage ist, sehr selbstherrlich die Wohnheime zu verwalten. Ob da noch die Grenzen der Gerechtigkeit eingehalten sind, bleibt zu fragen. Die ganze Angelegenheit berührt ein fast groteskes Problem: in der Abteilung Katholische Theologie sind 11 Ordinate besetzt, aber sie hat kaum eingeschriebene Studenten. Um die Rechtfertigung dieser Abteilung ging es also im Grunde. Von der Universität auf dem Wege der Amtshilfe im Handstreich gelöst. Das Studentenwerk will jetzt versuchen, ein anderes Wohnheim ausfindig zu machen, in dem vorübergehend ein Konvikt eingerichtet werden könnte. Diese Möglichkeit zu schaffen, war das zuständige Bistum Essen offenbar nicht fähig — oder gar: nicht willens? Jedenfalls ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Öffentlichkeit unerwünscht?

In seiner letzten Ausgabe brachte der „Rheinische Merkur“ eine Reportage über die Ruhr-Universität. Die Journalistin die sie schrieb, glaubte den „Eindruck mitgenommen zu haben, dem „verwalteten Studenten“ begegnet zu sein. Tatsächlich ist das eine schon häufig gemachte Beobachtung. Und der verwaltete Student könnte der Prototyp dieser sogenannten „neuen“ Universität sein. Er hat sein Gesicht verloren, er funktioniert. Er ist versorgt. Er studiert. Er hat zu studieren. Basta.

Kann sich eine Universität den bequemen, angepaßten, soliden Studenten leisten? Nein, die Frage muß heißen: darf sie (denn sie hat ihn ja)? Nichts wäre gefährlicher, als wenn sie ihn auch noch förderte. Aber das scheint ein schlechtes, ein eingeschliches Bildungsideal zu werden: das verordnete Studium, die vorgeplante Geistesform, ein zum resignierten Schulerzucken reduzierter Elan.

Und wo wird der verwaltete Student geboren? In den Vorzimmern und zwischen den Zeilen empfohlener Studien- und Prüfungsordnungen. Es scheint an der Ruhr-Universität eine beliebte Praxis zu werden, vollendete Tatsachen zu schaffen, mit der kalkulierten Akklamation auf dem Fuße, Tüchtigkeit und Cleverness ein neues Prädikat der neuen Wissenschaft.

Das ganze Bildungswesen der Bundesrepublik will reformiert sein. Bochum ist dafür ein ernsthafter Test, auch wenn es gelegentlich wird. Man erwartet hier das Wünschenswerte als Wirklichkeit, nicht den möglichen Egoismus. An anderen Universitäten plagt man sich mit den Traditionen. In Bochum könnte die Zukunft bewältigt werden, indem man aus den Versäumnissen der Vergangenheit anderswo die Konsequenzen zieht.

Daran möchte die Studentenschaft beteiligt sein. Sie fordert die öffentliche Diskussion. Ist das unerhört, wie oft gesagt wird?

Öffentlichkeit der alle angehenden Dinge erzieht zur Gelassenheit. Nicht das Mysterium der Amtswürde, sondern die offene Aussprache macht erfahren. Öffentlichkeit, Grundforderung jeder demokratischen Gesellschaft, wirkt sozialisierend. Solidaire, nicht solitaire... Die heiligen Kühe müssen geschlachtet werden!

Gewerkschaft rügt Studenten

BOCHUM. Weil der Hans-Böckler-Kreis an der Ruhr-Universität sich bereit erklärt hatte, mit der Leipziger FDJ-Delegation über mögliche Kontakte zwischen Bochumer und Leipziger Studenten zu sprechen, ist es zu ersten Differenzen zwischen dem Vorstand des HBK und dem Bundesvorstand des DGB gekommen. Dem HBK soll die weitere finanzielle Unterstützung verweigert werden. Es wurde sogar von einer Auflösung der Gruppe gesprochen, doch ist der Hans-Böckler-Kreis organisatorisch nicht mit dem DGB verbunden.

Möglicherweise handelte es sich hier nicht um eine Einzelmaßnahme. Es wird befürchtet, daß der Sozialdemokratische Hochschulbund mit ähnlichen Auflagen seitens der SPD rechnen muß.

(Bericht auf Seite 4).

Sondervotum an den Senat

BOCHUM. Die Ruhr-Universität hat für die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK), die zur Zeit in Frankfurt tagt, eine Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Studienreform ausgearbeitet, zu der ihrerseits die Studentenschaft an der Ruhr-Universität in einem Sondervotum Stellung bezog.

Das Sondervotum wurde notwendig, da die Studentenvertreter nicht in genügendem Maße an der Ausarbeitung der Senatsvorlage beteiligt wurden. Auf Seite 2 veröffentlicht die BSZ den Wortlaut der studentischen Stellungnahme, die aus formellen Gründen nicht als Sondervotum anerkannt werden konnte. Inzwischen haben die Studentenvertreter diese formellen Mängel beseitigt und die Stellungnahme in abgeänderter Form, aber mit gleichem Inhalt, abermals an den Rektor geleitet.

Dieses Sondervotum der Bochumer Studentenschaft dient nun — zusammen mit der Stellungnahme der Ruhr-Universität — der WRK als Arbeitsunterlage für die bundesweite Diskussion der Empfehlungen des Wissenschaftsrates.

Patenschaft mit Orléans

BOCHUM. Vom 2. bis 5. Mai 1967 soll in Bochum die Patenschaft zwischen der Ruhr-Universität und der Universität Orléans feierlich besiegelt werden. Eingeladen worden sind Delegationen von französischen Hochschullehrern und Studentenvertretern.

Treffen mit der FDJ läßt hoffen

BOCHUM. Die Bemühungen des ASTa, mit Vertretern der „Freien Deutschen Jugend“ in der DDR zu Absprachen über einen besseren Informationsaustausch zu kommen, scheinen nicht ohne Erfolg zu sein. Vom 6. bis zum 9. Februar waren drei FDJ-Funktionäre aus dem Bezirk Leipzig Gäste der Studentenschaft an der Ruhr-Universität. Das Treffen mit den Sekretären Hähnel (Leipzig), Eichberg (Leipzig) und Ferber (Torgau) war die Erwidderung des Besuchs des früheren ASTa-Vorsitzenden Süßmilch und des September 1966.

Die Gäste informierten sich in Gesprächen mit dem ASTa sowie mit Vertretern des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und des Hans-Böckler-Kreises (HBK) über allgemeine politische und sachbezogene Fragen. Man diskutierte offen miteinander.

Daneben hatten die Gäste aber auch Gelegenheit, einer Sitzung der Fachschaftsvertreterversammlung beizuwohnen, in der sie vom Präsidenten und den Mitgliedern der Versammlung herzlich begrüßt wurden. Im Staatshochbauamt ließen sie sich die Planungen und den Aufbau der Ruhr-Universität erläutern.

Die Bemühungen, zu Gesprächen zu kommen, reichen zurück bis 1965. Nach einem längeren Briefwechsel führen Süßmilch und Ruffin Anfang September 1966 erstmals nach Leipzig. Bekanntlich entwickelte sich daraus eine offene ASTa-Krise, weil Süßmilch von Ruffin später öffentlich schwer wegen angeblicher Äußerungen in der DDR belastet wurde. Eine Klärung dieser Dinge ist vorläufig noch nicht endgültig möglich. Tatsache ist aber, daß die Beziehungen dadurch belastet waren. Ein erneutes Treffen in Bochum wurde immer wieder hinausgeschoben, zuletzt noch kurzfristig vom 26. Januar auf den 6. Februar.

Natürlich ist es immer schwierig, die verschiedenen Standpunkte zu klären. Das fängt häufig schon bei Sprachregelungen an. Der ASTa läuft auch stets Gefahr, kritisiert zu werden, wenn er „offizielle“ Gespräche initiiert. Das führt u. U. zu solchen Pannen, wie sie der HBK erlebte (vergl. die Berichte in dieser Ausgabe). Aber er sieht seine Aufgabe vor allem darin, zu vermitteln zwischen der FDJ und den Hochschulgruppen, die von ihr als adäquater Gesprächspartner akzeptiert werden. Grundsätzlich war man sich einig, daß es zu den Aufgaben von engagierten politischen Studenten gehört, sich mit politischen und gesellschaftlichen Fragen zu beschäftigen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, hielten beide Seiten den Ausbau der Kontakte für erforderlich. Dabei wird sicherlich die Frage der friedlichen Entwicklung Deutschlands und Mitteleuropas im Mittelpunkt stehen. Die Vertreter der FDJ waren zwar nicht autorisiert, verbindliche Abmachungen zu treffen, aber die folgenden Möglichkeiten sollen weiter verfolgt werden:

1. Verstärkter Informationsaustausch über politische Fragen.
2. Vermittlung von wissenschaftlichen Vorträgen über politische und gesellschaftliche Fragen.
3. Durchführung von Seminaren mit paritätischer Besetzung der Teilnehmer.

Schon wieder? Nein... Endlich!

An dieser Universität besteht ein großes Bedürfnis nach Information. Je mehr sie zu der Stadt heranwächst, die sie nach den Plänen werden soll, desto auffälliger wird der Mangel an umfassender Nachrichtenübermittlung. Die bisher erschienenen Studentenzeitschriften haben diese Lücke nicht schließen können.

Der ASTa war daher der Meinung, es müsse eine Zeitung ins Leben gerufen werden, deren Seiten allen Personen und Gruppen offenstehen, die aktuell ist, die über die wichtigsten studentischen und Hochschulangelegenheiten im In- und Ausland berichtet, in der Information den Vorrang vor Meinungsartikeln hat, die in schneller Folge regelmäßig erscheint (während der Vorlesungszeit vierzehntägig, während der Ferien dreiwöchig), die immer überall in Bochum billig zu erwerben ist. Seit dem 15. Februar gibt es diese Zeitung. Sie haben sie in der Hand!

Der ASTa ist sich darüber im Klaren, daß er Neuland betritt. Eine vergleichbare Zeitung gibt es in der ganzen Bundesrepublik nicht. Die Idee allerdings — das muß fairerweise gesagt werden — ist schon so alt wie die Bochumer Universität, und sie kam nicht irgendwann irgendjemanden, sondern wurde gleichzeitig von verschiedenen Personen ventiliert. Das Experiment hört auf eines zu sein, sobald die BSZ aus dem Erscheinungsbild der Universität nicht mehr wegzudenken ist.

Deshalb wäre der Stoßseufzer „Schon wieder eine neue Studentenzeitung!“ falsch. Richtig muß es heißen: Endlich gibt es sie — die Bochumer Studentenzeitung!



Durst löscht man mit Schlegel



Bochumer Studentenschaft äußert sich zur Studienreform

BOCHUM. Am 30. Januar 1967 wurde im akademischen Senat eine „Zusammengefaßte Stellungnahme der Ruhr-Universität Bochum zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den Wissenschaftlichen Hochschulen“ (so der Titel der Schrift) behandelt. Sie wurde verabschiedet als „Stellungnahme der Ruhr-Universität“. Die beiden studentischen Senatssprecher: der AStA-Vorsitzende Roland Ermrich und FVV-Präsident Bernd Rumler, stellten fest, daß die Studentenschaft kaum, und in den wenigen Fällen nur unvollständig, angehört wurde. Deshalb lehnten sie es ab, sie als Stellungnahme der gesamten Universität anzusehen. Die Studienkommission der Fachschaftsvertreterversammlung hat ihrerseits eine Stellungnahme ausgearbeitet, die in anderer Form als Sondervotum dem Rektorat am 7. Februar zugeleitet wurde. Es hat den folgenden Wortlaut:

I. Die Studentenschaft an der Ruhr-Universität hält es grundsätzlich für notwendig, die Durchführung des Studiums in einer angemessenen Dauer zu ermöglichen. Diesem Ziel steht in der heutigen Universität eine Anzahl von sachlichen und materiellen Hinderungsgründen entgegen.

Bei den Erwägungen über die notwendige Reform des Studiums dürfen weder der Zusammenhang von Forschung und Lehre noch der Anspruch auf wissenschaftliche Ausbildung für alle Studenten aufgegeben werden.

Das Gutachten des Wissenschaftsrates beantwortet die Frage nach der Einheit von Forschung und Lehre einseitig. Die Stellungnahme der Abteilungen der Ruhr-Universität beantwortet diese Frage nicht.

Der entscheidendste und zugleich problematischste Vorschlag des Wissenschaftsrates ist die neuartige Gliederung des Studienablaufs. Bereits in der Vergangenheit wurde in einer Reihe von Vorschlägen dem Tatbestand Rechnung getragen, daß bestimmte Voraussetzungen erworben werden müssen, die erst ein sinnvolles wissenschaftliches Studium ermöglichen. Diesem Ziel sollten die ersten vier Semester dienen, die mit der Zwischenprüfung abgeschlossen werden.

Die Vorschläge des Wissenschaftsrates übertragen das normierte Studium auf die gesamte Dauer eines normalen Studienganges. Das freie, wissenschaftliche Studium soll nur noch einer kleinen Gruppe von Studierenden ermöglicht werden, den normalen Studenten bleibt es vorenthalten. Die Studenten verlieren dadurch die Möglichkeit, Fähigkeiten zu rationaler Analyse und Kritik zu erhalten. Das muß tiefgreifende Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung haben. Die freie geistige Entfaltung, die sich auch in der Möglichkeit der individuellen Gestaltung des Studiums manifestiert, ist das entscheidende am Bildungswesen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Auf dieses Prinzip darf nicht zugunsten eines rein zweckorientierten Studiums verzichtet werden.

Zudem erfordern die immer komplexer werdenden ökonomischen und politischen Zusammenhänge Persönlichkeiten, die zu selbständiger wissenschaftlicher Tätigkeit fähig sind.

Aus all diesen Gründen fordert die Studentenschaft eine Studienreform, die dazu ansetzt, die Einheit von Forschung und Lehre zu gewährleisten. Die Studentenschaft ist bereit, bei der Verwirklichung einer sinnvollen Studienreform mitzuarbeiten. In diesem Sinne verstehen sich die kritischen Anmerkungen zu den Vorschlägen des Wissenschaftsrates und der Stellungnahme der Abteilungen der Ruhr-Universität Bochum.

II. Zu einzelnen Punkten In der Stellungnahme der Ruhr-Universität wird behauptet, daß insbesondere im wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studium die Unterrichtung in kleinen Gruppen erfolgt, wie es der Wissenschaftsrat fordert. Die Studentenschaft stellt dagegen fest, daß z. B. in der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung die Teilnehmerzahl in einer Anzahl von Übungen 300 Teilnehmer erreicht. In diesem Zusammenhang sind jedoch die Bemühungen zu begrüßen, Arbeitsgemeinschaften für Anfangssemester mit geringer Teilnehmerzahl zu schaffen. Die ebenfalls von den wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Abteilungen hervorgehobene Verkürzung der Studiendauer auf 8 Semester wird nur durch administrative Zwangsmaßnahmen erreicht. Auch die Behauptung, daß in den genannten Abteilungen ein Aufbaustudium angeboten werde, muß zumindest bezweifelt werden.

1. Die Studentenschaft begrüßt es, daß von den Abteilungen der Ruhr-Universität die Einführung eines Studiendekans für unzweckmäßig gehalten wird, da sie die freie Wahl verschiedener Lehrkräfte zur Studienberatung als zur akademischen Freiheit gehörend ansieht. Sie meint jedoch, daß in jeder Abteilung zumindest ein Studienberater vorhanden sein muß. Dadurch darf die freie Wahl verschiedener Lehrkräfte zur Studienberatung nicht beeinflusst werden. Die Studentenschaft lehnt mit den Abteilungen der Ruhr-Universität eine obligatorische Studienberatung für Studienanfänger ab, fordert aber die Abteilungen auf, ein ausreichendes Angebot an Beratungsmöglichkeiten zu schaffen.

2. Die Studentenschaft begrüßt, daß mehrere geisteswissenschaftliche Fächer die Zwischenprüfung, wie sie der Wissenschaftsrat vorgeschlagen hat, ablehnen. Sie fordert jedoch die Abteilungen

auf, die Konzeption der Zwischenprüfung, wie sie der Verband Deutscher Studentenschaften schon im Jahre 1962 vorgeschlagen hat, einer gründlichen Diskussion zu unterziehen.

Die Studentenschaft sieht das Grundstudium über das Propädeutikum hinaus in erster Linie als Einübung von Arbeitsmethoden an, die für ein selbständiges Studieren, Forschen und Handeln erforderlich sind. Daher ist u. E. die Zwischenprüfung nicht dazu da, Teilgebiete der Hilfswissenschaften des Faches abzuschließen und zu prüfen, sondern es soll der Nachweis der Befähigung zum selbständigen kritischen Studieren in einem gewählten Studienweg erbracht werden.

Eine Zwischenprüfung in diesem Sinne würde auch in den geisteswissenschaftlichen Fächern keine starke Zäsur bedeuten und müßte von diesen Fächern begrüßt werden.

3. Die Studentenschaft bittet die Abteilungen für Physik und Mathematik, sich sehr gründlich zu überlegen, ob sie tatsächlich einen Studienabschluß durch Zwischenprüfung einzuführen gedenkt. Nach der Meinung der Studentenschaft hat die Zwischenprüfung die Funktion der sinnvollen Gliederung des Studiums, der Kontrolle und Selbstkontrolle. Sie ist kein selbständiger Abschluß. Die Studentenschaft sieht des weiteren die Gefahr, daß die Zwischenprüfung nach und nach zu einer Art erstem Abschlußexamen werden könnte. Gerade in den genannten Abteilungen besteht die Möglichkeit, nach dem 6. Semester einen vorzeitigen Abschluß durch das Realschullehrer-Diplom zu bekommen.

Die Studentenschaft begrüßt zwar, daß sich die Abteilungen für Physik und Mathematik überlegen, wie es den vielen Studenten, die das Studium abbrechen, ermöglicht werden kann, eine gewisse Ausbildung nachzuweisen, sie ist aber der Meinung, daß hier der Ansatz falsch gewählt ist. Es muß vielmehr vermieden werden, daß Studenten ihr Studium überhaupt abbrechen. Das kann nur durch Studienordnungen und Studienberatungen geschehen. Des weiteren durch eine verbesserte Studentenförderung.

4. Da nach den Studienordnungen die Zwischenprüfung eine Prüfung mit Rechtsfolgen ist, die bei mehrmaligem Nichtbestehen dazu führen kann, daß das betreffende Studium nicht weitergeführt werden darf, begrüßt sie, daß die Abteilungen der Ruhr-Universität einen Studienfachwechsel generell ohne Genehmigung auch nach der Zwischenprüfung bejahen.

5. Die Studentenschaft begrüßt, daß die wissenschaftliche Abschlusarbeit von den Abteilungen der Ruhr-Universität als unabdingbar angesehen wird, da sie erst die Befähigung des Studenten nachweise, selbständig ein Thema wissenschaftlich zu bearbeiten. Durch diesen Teil der Stellungnahme der Abteilungen der Ruhr-Universität wird nach Ansicht der Studentenschaft der Wissenschaftlichkeitscharakter des Studiums betont.

6. Die Studentenschaft begrüßt es, daß im Gegensatz zum Wissenschaftsrat der Eingang in das Aufbaustudium allen Studenten offenstehen soll. Sie ist der Meinung, daß die Eignung zum wissenschaftlichen Arbeiten nicht mit Zensuren meßbar ist.

7. Auch die Studentenschaft würde die Einführung eines Kontaktstudiums an der Ruhr-Universität begrüßen. Sie versteht jedoch die Pauschale derzeitiger Ablehnung der Durchführung aus „sachlichen und personellen Gründen“ nicht. Sie bittet die Ruhr-Universität um detailliertere Fassung der Hinderungsgründe, besonders der „sachlichen“ Gründe. Gerade die Ruhr-Universität sollte von ihrem Anspruch her, auch erwachsenbildend zu wirken, ein solches Kontaktstudium intensiv fördern.

8. Die Studentenschaft begrüßt, daß eine befristete Immatrikulation von mehreren Abteilungen nicht als sinnvolles Mittel angesehen wird, um die Studienzeiten zu begrenzen. Sie bedauert es daher um so mehr, daß zwei Abteilungen der Ruhr-Universität diese Zwangsmaßnahme bereits eingeführt haben. Sie bedauert es jedoch auch, daß sich die Abteilungen, die eine befristete Immatrikulation ablehnen, nicht zu einer ausführlicheren Begründung ihrer Ablehnung haben durchringen können. Das Argument, daß die befristete Immatrikulation zu neuer Verwaltungsarbeit führen werde, kann nicht als ausreichende Begründung angesehen werden. Aus diesem Grunde soll hier noch einmal der Standpunkt der Studentenschaft zu dieser Frage angeführt werden:

Befristete Immatrikulation heißt Diskriminierung

Es kann nicht Aufgabe der Universität sein, das Ziel der Intensivierung des Studiums und damit einer Verkürzung der Studienzeit dadurch zu erzielen, daß sie die Studienzeit ohne Rücksicht auf tatsächliche Mißstände beschränkt. Durch eine befristete Immatrikulation würden die sozial schwächer gestellten Studierenden benachteiligt, da sie z. B. die Anfangsförderung des Honnefer Modells in den Semesterferien nicht erhalten und deshalb die Werkarbeit unumgänglich ist, um die Lebenshaltungskosten zu bestreiten.

Die Studentenschaft betrachtet es als einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz, daß diese Studenten, die z. T. auch während des Semesters arbeiten müssen, um weiter studieren zu können, den Prüfungsstoff in wesentlich kürzerer Zeit bewältigen müssen. Auch in dem Vorschlag, diese Studenten auf Antrag ein Semester länger studieren zu lassen, sieht die Studentenschaft keine Lösungsmöglichkeit, da zum einen keine praktikable Möglichkeit der Abgrenzung und Kontrolle besteht, welche Werkarbeit nun nötig war oder nicht; zum anderen sieht die Studentenschaft in dem Vorhaben, auch bei Leistungsprüfungen den Nachweis der Bedürftigkeit zu erbringen, eine nicht zumutbare Demütigung, um nicht zu sagen Diskriminierung der sozial schwächer gestellten Studenten.

Die Studentenschaft geht von der Erfahrung aus, daß in der Regel alle Studenten sich um einen raschen Abschluß ihres Studiums bemühen. Die Gründe für das überlange Studium liegen zum größten Teil in den Schwierigkeiten der Studien- und Prüfungsordnungen, der regelmäßigen Abhaltung der Lehrveranstaltungen und der Besetzung der Lehrstühle. Besonders an einer Hochschule im Aufbaustadium, wie die Ruhr-Universität Bochum, lassen sich derartige Schwierigkeiten zunächst kaum vermeiden. Aber auch an traditionellen Universitäten werden diese Hemmnisse angetroffen. Die Studentenschaft ist der Ansicht, daß es zunächst Aufgabe der politisch Verantwortlichen und der Hochschule ist, für die Erfordernisse eines sachgerechten Studiums zu sorgen, bevor Maßnahmen zu einer Reglementierung der Studiendauer überhaupt in Erwägung gezogen werden.

9. Die Studentenschaft begrüßt es, daß die Semesterdauer nicht durch vorangehende oder unmittelbar anschließende Übungen regulären Charakters ausgedehnt werden. Sie interpretiert den unpräzisen Begriff „Semesterdauer“ in der Stellungnahme der Ruhr-Universität hier als Vorlesungszeit. Die einzige Begründung hier ist aber wieder, daß diese Zeit für Lektüre und die Durchführung der besuchten Vorlesungen und Übungen unentbehrlich sei. Hinzuzufügen ist, daß sehr viele Studenten die Semesterferien dazu benötigen, die nötigen Geldmittel für das nächste Semester durch Werkarbeit zu verdienen. — Grundsätzlich ist jedoch die Durchführung von freiwilligen Veranstaltungen innerhalb der vorlesungsfreien Zeit zu begrüßen. —

III. Im Anschluß an die Diskussion der einzelnen aufgeführten Punkte in der Stellungnahme der Ruhr-Universität schlägt die Studentenschaft folgendes Sofortprogramm vor:

1. **Rechtsanspruch auf Lehrangebot** Die Studentenschaft fordert, daß jedem Studenten der Rechtsanspruch auf ein Lehrangebot eingeräumt wird, das den Erfordernissen der Prüfungsordnungen genügt. Ein den Prüfungsordnungen entsprechendes Studium läßt sich zum großen Teil nicht durchführen, da die geforderten Lehrveranstaltungen nicht in genügendem Maße geboten werden.

2. **Beteiligung der Studentenschaft** Eine Reform des Studiums wird sich nur durchführen lassen, wenn alle Probleme in der Universitätsöffentlichkeit diskutiert werden. Studienreform ist undenkbar, wenn fürderhin Fragen des Studiums und der Prüfungsordnungen bei Sitzungen akademischer Gremien zu nichtstudentischen Angelegenheiten erklärt werden. Gerade diese Fragen sind das eigentliche Gebiet der Mitwirkung der Studentenschaft in akademischen Gremien.

3. **Das erste Studienjahr** Gerade in den ersten Studienjahren sollte die Zahlenrelation Lehrperson/Studenten radikal herabgesetzt werden, um tatsächlich Arbeit in kleinen Gruppen zu ermöglichen. Hier können in vermehrtem Maße wissenschaftliche Assistenten und auch Doktoranden eingesetzt werden.

4. **Studienselbsthilfe** Die Studentenschaft wird versuchen, studentische Arbeitsgruppen, Seminargruppen und Tutorengruppen, den Austausch und die Vervielfältigung von Vorlesungsskripten, Seminararbeiten, Bibliographien, zu fördern.

Professor Mikat gegen Ruhr-Reflexe

BOCHUM. Der ehemalige nordrhein-westfälische Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat beschwerte sich telefonisch über die „Ruhr-Reflexe“. In einem Artikel über den Plan einer Pauschalisierung der Studiengebühren hatte es darin u. a. geheißen: „Diese Maßnahme geschieht aus Rationalisierungsgründen, so sagt das Kultusministerium (Mikat). Das ist blanke Demagogie: ein Anruf auf jedem Uni-Sekretariat genügt, um zu erfahren, daß nichts, rein gar nichts eingespart wird.“

In Wirklichkeit habe der Minister mit Mehreinnahmen gerechnet, meinte der Verfasser des Artikels. „Das hat er den Studenten nicht erzählt. Ihnen gegenüber war er (der Herr Professor) so skrupellos, zur glatten Lüge zu greifen, um den hohen Satz zu rechtfertigen.“

Prof. Mikat fühlt sich beleidigt. Seine Äußerungen seien entstellend wiedergegeben worden. Von einer gerichtlichen

Auseinandersetzung wolle er jedoch absehen, da es sich bei dem Verfasser des Aufsatzes in den „Ruhr-Reflexen“ um einen Studenten handle.

Inzwischen wurde auch im Januar-Heft der Leipziger Studentenzeitung „Podium“ aus dem Artikel in den „Ruhr-Reflexen“ zitiert. Podium sieht den Plan einer Pauschalisierung der Studiengebühren an als „die Daumen-schraube formierender Dressur“.

Proteste gegen NPD in der Universität

BOCHUM. Der 1. Vorsitzende der Hochschulgruppe Bochum des SDS, Winfried Mackenthun, wandte sich am 1. Februar in einem Brief an den Rektor gegen das Auftreten der NPD in den Räumen der Universität. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund von Plakaten, die im Universitätsbereich aushängen, stellen wir mit äußerstem Befremden fest, daß der zweite Vorsitzende der rechtsextremen NPD, Adolf von Thadden, am 15. 2. 67 in einem Hörsaal unserer Universität sprechen soll.“

Die sogenannten Nationaldemokraten stehen mit ihren politischen Zielen unzulässig in der Tradition des deutschen Faschismus. Sie werden mit dieser Gelegenheit ihrer akademischen Sanktionierung ohne Zweifel im öffentlichen Bewußtsein eine unangemessene Aufwertung erfahren; es ist nur zu wahrscheinlich, daß die NPD dabei einen weiteren Schritt in der faktischen Verwirklichung ihres pseudo-demokratischen Images als mögliche Wahrheit und anerkannte Alternative vorankommen wird.

Selbst auf einer so formalen Ebene wie der demokratischen Toleranz, der noch die krasseste Unvernunft kommensurabel erscheint, dürften die Ziele einer militant revanchistischen und reaktionären Partei wohl kaum konvergieren mit dem von Humboldt ehemals intendierten Ideal der Universität als einer autonomen Anstalt, deren Geist die weltoffene, kritische Vernunft ist. Es ist uns darum schlechterdings unverständlich, wie eine studentische Vereinigung unserer Universität die Instinkttlosigkeit aufbringen kann, dem zweiten Vorsitzenden einer Partei radikalisierten Spießbürger und gefährlicher politischer Wirkkräfte das akademische Forum zur Ausbreitung verbrecherischer irrationaler Vorstellungen anzubieten. Wir halten einen Begriff von politischer Toleranz für verant-

wortungslos, wie ihn die Veranstalter — offensichtlich außerstande, seinen Funktionswandel in der späbürgerlichen Gesellschaft zu begreifen — unreflektiert zur Legitimation einer spektakulären Darbietung handhaben.

Wir stehen fassungslos vor einer politischen Infantilität, die in der Vorstellung gipfelt, der Student könne bei der Rezeption vernebelnder Aussagen zur Politik kritisches Bewußtsein erwerben, zumal bei einem Parteilührer, der einmal mit unüberbietbarer Perfidie geäußert hat: Wir wissen, was wir wollen, aber wir sagen es nicht.

Wir sind der Auffassung, daß der beabsichtigte Auftritt des Herrn Adolf von Thadden unvereinbar ist mit dem Geist der deutschen Universität und mit dem Selbstverständnis unserer demokratisch organisierten, jungen Hochschule.“

Auch der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) wehrte sich in einem Brief vom 6. Februar an den Rektor, Prof. D. Greeven, gegen das Auftreten der NPD in der Universität. In dem Brief heißt es u. a.: „Sogar eine so gefestigte und traditionsreiche Demokratie wie die Schweiz hat den Vorsitzenden der NPD, Thielen und v. Thadden, die Einreise in ihr Land verboten. Unsere junge und anfällige Demokratie kann es sich nicht leisten, daß die NPD die Universitäten als Einwirkungsmöglichkeit auf die öffentliche Meinung mißbraucht.“

Der SHB forderte den Rektor auf, keine Räume für die Veranstaltung zur Verfügung zu stellen, um eine „unverdiente Aufwertung“ der NPD zu verhindern.

von Thadden: Starkes Blut

HAMBURG. Bei der öffentlichen Diskussion „Radikalismus in der Demokratie“ Anfang dieses Monats in Hamburg war es bekanntlich zu dem Zwischenfall mit dem SED-Anwalt Kaul gekommen, der das Podium unter Protest gegen den stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Adolf v. Thadden verlassen hatte. Ralf Dahrendorf, einer der Diskussionssteilnehmer, soll dieses Verhalten Kauls eine „Flegelei“ genannt haben.

Wie das „Sonntagsblatt“ berichtet, meinte v. Thadden während der Diskussion einmal, „die Kräfte des Blutes haben sich im Verlauf der überschaubaren Geschichte immer noch als stärker erwiesen, als alle Ideologien.“ Das „Sonntagsblatt“ hält diesen Ausspruch für „eine Entlarvung des stellvertretenden Vorsitzenden einer Partei, die sich streng formal-demokratisch zu geben versucht.“

5. Studienführer

Die Studentenschaft wird in Zusammenarbeit mit den Fachschaften kommentierende Studienführer ausarbeiten, die sich auf Umfragen, Rezensionen, Vorlesungsrezensionen, Erfahrungsberichte, aus der Berufspraxis stützen werden.

6. Neue Lehr- und Studienmittel

Die Studentenschaft fordert die Universität auf, die Entwicklung audiovisueller Lehr- und Studienmittel genau zu verfolgen und ggf. für die Lehre an der Ruhr-Universität einzusetzen.

7. Förderung der Hochschuldidaktik

Ein Hochschullehrer sollte nicht nur fachliche, sondern auch pädagogische Fähigkeiten zur Lehre besitzen. Aus diesem Grunde sollten die Berufungstellen bei der eventuellen Berufung neuer Hochschullehrer auch diesen Aspekt in den Vordergrund stellen.

8. Fortbildungsprogramme der Hochschule

Um ein Kontaktstudium wenigstens in geringem Maße zu ermöglichen, schlägt die Studentenschaft vor, in der vorlesungsfreien Zeit Sommerkurse für Interessierte zu veranstalten.

9. Alternative Studienpläne

Die Studentenschaft ist der Meinung, daß eine radikale Schematisierung der Studienpläne der akademischen Freiheit widerspricht. Aus diesem Grunde schlägt sie vor, daß alternative Studienpläne ausgearbeitet werden. Damit könnte man der unterschiedlichen Interessenlage der verschiedenen Studenten gerecht werden.

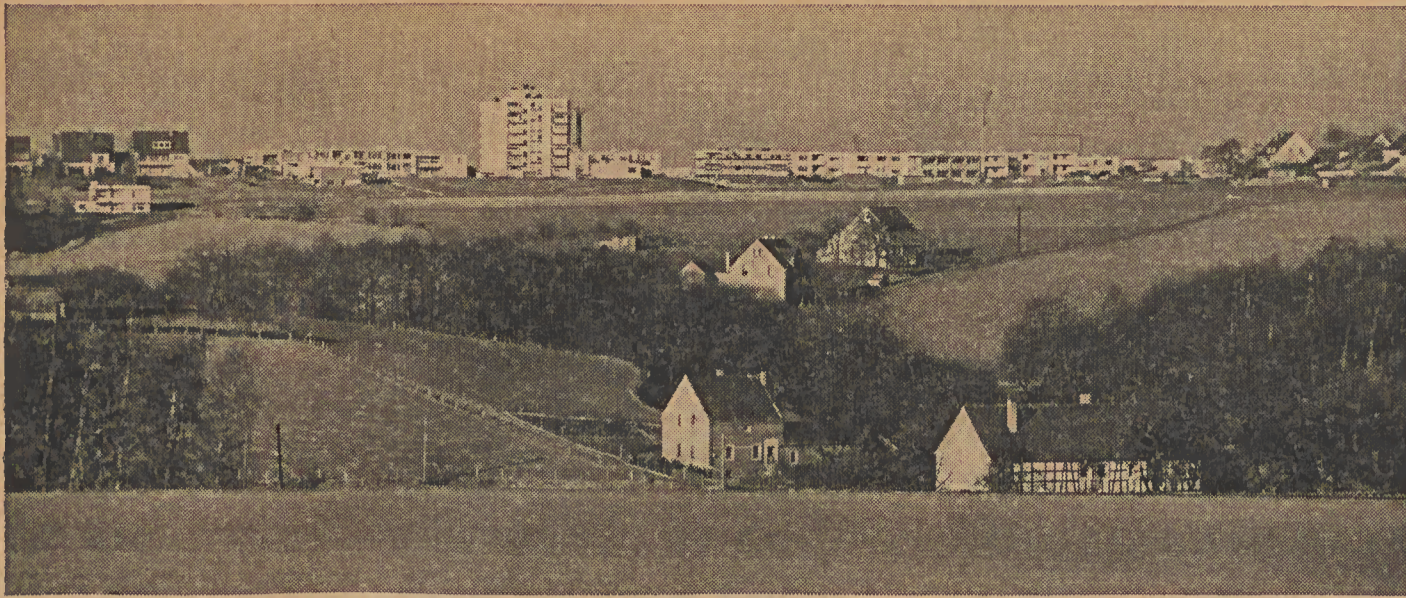
10. Reform des Promotions- und Habilitationsverfahrens

Die Anzahl der Hochschullehrer muß radikal erhöht werden. Um das zu erreichen, sollten die Promotions- und Habilitationsverfahren flexibler gestaltet werden. Die Studentenschaft empfiehlt z. B. die Anerkennung des individuellen Anteils an publizierbaren wissenschaftlichen Gruppenarbeiten als Staatsexamens-, Diplom- oder Habilitationsarbeit sowie die Anerkennung hervorragender Promotionsarbeiten und anderer wissenschaftlicher Publikationen als Habilitationsarbeiten. Zur Steigerung der Anzahl der Hochschullehrer gehört jedoch auch von Seiten der Hochschulen, den Beruf des Hochschullehrers attraktiver und produktiver dadurch zu gestalten, indem sie die sachfremden hierarchischen Abhängigkeitsverhältnisse abbaut.

11. Verfassung der Ruhr-Universität

Aus der grundsätzlichen Bejahung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates durch die Abteilungen der Ruhr-Universität und dem Gesagten muß die Ruhr-Universität die Konsequenzen ziehen und ihre eigene Verfassung gründlich überarbeiten. Die Studentenschaft ist bereit, an dieser Überarbeitung mitzuarbeiten.

Abschließend fordert die Studentenschaft an der Ruhr-Universität grundsätzlich, daß die Zusagen der Bundestagsfraktionen der SPD und FDP gehalten werden, die für das Frühjahr 1967 ein Hearing gefordert haben, in dem die Vertreter der einzelnen Hochschulen nach den Fortschritten in der Studienreform auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates gefragt werden.



Eine gelungene fotografische Studie: die Skyline moderner Wohnbauten in der Nähe des Universitätsgeländes. Das Bild wurde von der Haarstraße in Querenburg aus aufgenommen. Wer ständig im Bereich der Universität lebt, gewöhnt sich schnell an das Panorama und verlernt zu leicht, die optischen Reize, die sich der „Baustelle“ allmählich doch abgewinnen lassen, zu registrieren. (Foto: Städt. Presseamt Bochum)

Minister Kohlhaase auf der Baustelle

BOCHUM. Am 4. Februar besichtigte der neue Landesminister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten Dr. Hermann Kohlhaase zum ersten Male seit seinem Amtsantritt die Bochumer Universität. Bei dieser Gelegenheit gab er der Presse gegenüber einen Überblick über den weiteren Fortgang der Aufbauarbeiten. Der Minister versicherte, daß die Landesregierung „den vorgesehenen Universitätsgründungen ihre besondere Aufmerksamkeit schenkt.“ Im Einzelnen sagte Dr. Kohlhaase u. a.:

„Wenn wir zur Zeit in Bochum bereits rund 4500 Studenten haben, ohne daß die Zahl der Immatrikulationen an den anderen Universitäten des Landes zurückgegangen ist, so zeigt das, wie notwendig die Neugründung hier war. Die Tatsache, daß auf die Dauer von mindestens 12 Jahren in Bochum für den Neu- und Ausbau der Ruhr-Universität im Jahresdurchschnitt rund 150 Millionen DM investiert werden, muß sich zwangsläufig auf die Struktur, die wirtschaftliche Kapazität, den Bau- und den Arbeitsmarkt dieses Raumes auswirken. Vor allem aber bietet sich hier die Möglichkeit, der fast schon zu lange im Konventionellen verhafteten Bauwirtschaft wesentliche Impulse zur Rationalisierung, Serienfertigung, Elementierung usw., zu geben.“

Städtebauliche Pionierleistung

„Der Bau der Ruhr-Universität in Bochum ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Gestatten Sie mir, zwei Punkte besonders hervorzuheben, nämlich die Beispielhaftigkeit dieser Universitätsneugründung für die Integrierung der Universität in die Gesellschaft und die gelungene Beweisführung dafür, daß ein solches Projekt am besten im Zusammenspiel aller Ingenieurbereiche bewältigt werden kann. Was hier in der neuen Universitätswohnstadt städtebaulich Gestalt annimmt, darf man ohne Übertreibung als Pionierleistung werten, die jetzt schon über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus zu wirken beginnt. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis einer neuen Form der Zusammenarbeit zwischen beamteten und freien Architekten und Ingenieuren in echtem Teamwerk, in das auch die Handwerker und Firmen einbezogen wurden, die hier mitarbeiten.“

Das Planungsteam, das seit April 1963 an dieser Aufgabe arbeitet, umfaßt mit geringen Schwankungen rund 300 Mitarbeiter. Das hört sich nach viel an, ich meine aber, daß dieser Kräfteinsatz für die Planung so groß sein mußte, wenn ihr die erforderliche Vorlaufzeit gesichert sein sollte. Als Arbeitsergebnis liegen heute für alle Institutsbauten serienreife Typengrundrisse und im Versuch 1:1 erprobte elementierte Konstruktionen vor. Die Zentralbauten, die wegen des Vorrangs dieser Typenbauten zurückgestellt waren, befinden sich im Entwurfsstadium und sind soweit entwickelt, daß es mit Sicherheit möglich sein wird, das Ergebnis dieser Planungsarbeit noch in diesem Jahr vorführen zu können. Bis die wesentlichen Teile der Planung abgeschlossen sind, werden wahrscheinlich noch zwei Jahre vergehen. Die Gesamtplanungszeit würde damit nach sechs Jahren beendet sein.“

1968 Rohbauten fertig

„Nach Besichtigung der Baustelle kann ich Ihnen auch einiges darüber sagen, was wann fertig wird. Die 13 vorgesehenen Institutshochbauten sind sämtlich in Angriff genommen. Das letzte dieser Hochhäuser soll im April 1968 im Rohbau stehen. Dann wird diese Baustelle äußerlich bereits das Bild einer fertigen, in sich geschlossenen Stadt bieten. Zwischen dem Gebäude, in dem wir uns jetzt befinden, und dem dritten der Ingenieurbauten wird gegen Ende dieses Jahres der zweigeschossige Flachbereich weitgehend fertig sein. Von den beiden Hörsälen mit je 360 Plätzen wird

der erste zum diesjährigen Wintersemester schon benutzt werden können. Bis dahin wird auch das dritte Hochhaus vollständig der Forschung und Lehre dienen.“

Ministerialdirigent Dr. Hallauer erklärte auf eine Frage ergänzend, daß weiterhin auch ein großer Hörsaal für Massenvorlesungen zur Verfügung stehen soll. Der Bauminister fuhr fort:

„In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt im Ausbau der vier naturwissenschaftlichen Bauten. Nach unseren Plänen sollen zum Wintersemester 1969/1970 alle naturwissenschaftlichen Abteilungen Forschung und Lehre aufnehmen können und mindestens 2250 Hauptfachstudenten Platz bieten.“

Der Flachbereich zwischen den Hochhäusern wurde im vorigen Jahr begonnen. In diesem Jahr ist mit der Rohbau fertigstellung der meisten dieser, vor allem für Großpraktika vorgesehenen, Gebäude und teilweise noch mit ihrem Ausbaubeginn zu rechnen. Entsprechend dem Tempo der Hochbauten gehen die Erschließungsarbeiten weiter. Noch im März wird das Heizwerk seinen Betrieb aufnehmen. Das innere Straßennetz und der Parkplatzausbau werden ebenfalls vorangetrieben werden müssen, damit die im Herbst erwartete Zahl von etwa 5000 Studenten „verkräftet“ werden kann.

Bei der genannten Investitionssumme von jährlich 150 Millionen DM ist es klar, daß hierfür der Einsatz modernster Organisationshilfen notwendig ist. Bereits jetzt ist hier in Bochum erkennbar, daß dadurch für den Bauherrn ein erheblicher wirtschaftlicher Gewinn erreicht werden konnte. Ich hoffe, Sie hierüber in absehbarer Zeit speziell und ausführlich informieren zu können.“

Wie Ministerialdirigent Dr. Hallauer mitteilte, sind „erstmalig nachhaltige Sicherungen“ gegen Bergschäden auf dem Gebiet des Vorklinikums (Nordostecke des Geländes) notwendig geworden. Trotzdem sei es noch der beste Baugrund weit und breit.

Uni Dortmund als Butterstulle

Bauminister Kohlhaase ging auch auf die Universitätsgründung Dortmund ein: „Ich hoffe bestätigt zu finden, daß das Auffang- und Verfügungszentrum gute Fortschritte gemacht hat, die es ermöglichen, im Wintersemester 1968/69 auch in Dortmund mit Lehre und Forschung zu beginnen. Dieses Auffangszentrum außerhalb der eigentlichen Universität reicht aus, um 20 Lehrstühle und etwa 600, vielleicht sogar 1000 Studenten aufzunehmen. Nach seiner Fertigstellung kann dann in Ruhe und Bedacht der eigentliche Aufbau im Zentrum geplant werden.“

Nach meinen Vorstellungen müßte die gesamte Planungsarbeit — der städtebauliche Generalplan und die elementierten Typenpläne — in drei bis vier Jahren zu bewältigen sein, wobei ich im Augenblick noch offen lassen muß, ob hierfür ein Wettbewerb ausgeschrieben wird oder nicht. Sofort danach sollte bei einer möglichst kurzen Bauzeit und möglichst hohen Bauraten mit dem Bau begonnen werden, um zu erreichen, daß die Universität Dortmund in derselben Zeit fertig wird wie die Ruhr-Universität.“

In Dortmund soll ein neues Schnellbauverfahren für den Rohbau angewendet werden. Es bestehe darin, daß die Geschoßdecken eines vielgeschossigen Ge-

bäudes am Boden übereinander betoniert würden, so daß die Decken nach dem Abbinden an Stützen einfach hochgezogen und in der vorgesehenen Höhe verankert werden könnten. Der Minister illustrierte dieses sogenannte „lift-slab-Verfahren“ scherzhaft so, daß die Universität vor der Montage erst „wie eine Butterstulle“ zusammengelegt würde.

Die Ostwestfalenuniversität Bielefeld soll ebenfalls zum vorgesehenen Zeitpunkt, also 1968, mit den Ausbauten beginnen. Die technischen Voraussetzungen seien erfüllt, und im übrigen könne sie mit relativ wenig Aufwand gebaut werden, da sie nur geisteswissenschaftliche Fakultäten haben soll.

Die endgültige Entscheidung über die Finanzierung all dieser Vorhaben muß der Landtag allerdings erst noch genehmigen. Bochum verlangt eine jährliche Investitionssumme von 150 Millionen DM, für Dortmund ist ein Haushaltsansatz von 22 Millionen DM vorgesehen. Zu vergeben sind für alle Bauvorhaben in NRW insgesamt aber 350 Millionen DM. Das Kabinett will den Haushalt am 28. Februar einbringen. Die erste Lesung soll am 14. März sein, und nicht vor Anfang Mai wird der Landtag zur endgültigen Beschlußfassung kommen. Immerhin sagte Minister Dr. Kohlhaase, die Ruhr-Universität Bochum sei „von vorrangiger Bedeutung“ und der Auf- und Ausbau soll „in der vorgesehenen Frist durchgeführt werden.“

1970 die ersten Studenten in Ulm

ULM. Der Plan einer neuen medizinisch-naturwissenschaftlichen Hochschule wird Wirklichkeit. Zu Beginn des Jahres haben nach Ulm berufene Professoren schon mit den Vorbereitungsarbeiten begonnen. Die Hochschule übernimmt die Medizinische Klinik und die Frauenklinik der Stadt, sowie andere, schon bestehende Institute außerhalb Ulms, die ausgebaut werden sollen. Mehrere öffentliche gemeinnützige Einrichtungen wollen sich am Aufbau beteiligen, u. a. auch die Bundeswehr, die auf dem Gelände der Hochschule ein Lazarett mit vierhundert Betten bauen läßt.

„Im Weiblinger Kloster, einige Kilometer südlich der Stadt, das für die ersten Jahre die Bibliothek, die Dokumentation und einige andere zentrale Einrichtungen beherbergen soll, sind fünf- und zwanzig Räume schon bezogen worden.“

Bis zum Jahre 1969 soll die erste Betriebsstufe eingerichtet sein, die den Beginn des vorklinischen Unterrichts bringen wird. Wenn die dazu notwendigen Bauten rechtzeitig bewilligt werden, kann 1970 das Studium in Ulm mit siebzig Studenten je Semester beginnen.“ (F.A.Z.) Die Ulmer Hochschule ergänzt die Universität Konstanz, an der keine medizinische Fakultät eingerichtet werden soll.

Determinierte Ausstellung

BOCHUM. Vom 13. Februar bis zum 7. März findet im Haus Michael, Buscheystraße, eine Ausstellung „Determinierte Formen“ statt. Über den gleichen Gegenstand moderner Kunst hält Prof. A. A. Moles (Paris) am 20. Februar um 20 Uhr einen Vortrag. Die Ausstellung ist täglich von 14 bis 20 Uhr geöffnet, der Eintritt frei.

Stammtische sind beliebt

BOCHUM. Weil andere Gelegenheiten eines persönlichen Kennenlernens fehlen, haben verschiedene Fachschaften Stammtische eingerichtet, an denen sich Studierende und Professoren regelmäßig treffen. Die Abteilung Sozialwissenschaft hat ihr Domizil in der Gaststätte Hintzmann, donnerstags, alle 14 Tage. Der „Wirtschaftsstammtisch“ der Abteilung Wirtschaftswissenschaften trifft sich ebenfalls alle 14 Tage mittwochs im Haus Michael.

Im Karneval nie?

BOCHUM. Die Plakate, mit denen zu einer Karnevalsveranstaltung im Haus Michael eingeladen wurde, lösten bei verschiedenen Studenten Befremden aus. „Die Koalition tanzt“, hieß es darauf. „Sozis, Schwarze, Braune, Pinscher“ u. a. „feiern zusammen eine wilde Nacht“. Man empfand diesen Gag ziemlich schief. Meinte ein älterer Student: „Der Text verrät doch eine Ahnungslosigkeit, die nicht einmal im Karneval erlaubt sein sollte!“

Sieben Jahre lang Tauziehen

Hamburger Studentenschaft erkämpft Einfluß auf Fakultäten

HAMBURG. Einen Teilerfolg erfocht die Studentenschaft der Hamburger Universität nach siebenjährigem Tauziehen in der Frage der Erweiterung ihrer Mitverwaltungsbefugnisse auf Fakultätsebene. Am 11. bzw. am 14. und 18. Januar haben die Fakultäten über zwei Anträge des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Hamburg entschieden, die am 16. Dezember 1966 dem akademischen Senat vorgelegt worden waren. Die Fakultäten faßten sehr unterschiedliche Beschlüsse. Lediglich die Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät entsprach als erste und einzige den Forderungen der Studentenschaft in vollem Umfang.

In den Anträgen an den akademischen Senat forderte der AstA im Namen der Studentenschaft

- die Beteiligung zweier delegierter Studenten „mit Sitz und Stimme in studentischen Angelegenheiten“ an den Fakultätssitzungen sowie die
- Einrichtung paritätisch (mit je drei Professoren und Studenten) besetzter Arbeitsgemeinschaften auf Fakultätsebene zur Erörterung grundlegender Fragen der Studienreform.

Neben der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät hat auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät beschlossen, zwei delegierten Studenten Sitz und Stimme bei den Fakultätssitzungen zu gewähren. Die Medizinische und die Theologische Fakultät haben den Studenten nur eine beratende Stimme einschließlich Antragsrecht zugestanden. Die Juristische Fakultät gewährt den Studenten ebenfalls nur beratende Stimme, verweigert darüber hinaus sogar das Antragsrecht. Die Philosophische Fakultät stellt es schließlich in das Ermessen des Dekans, Studenten überhaupt zu beteiligen, ohne die Frage des Stimmrechtes oder auch nur die Übertragung von Einzelrechten zu klären. Paritätisch besetzte Arbeitsgemeinschaften zwischen Professoren und Studenten sind lediglich in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät beschlossen worden.

So dürftig dieses Ergebnis anmutet, ist es doch ein augenfälliger Erfolg für die Studentenschaft in der vorläufig letzten Runde eines siebenjährigen Kampfes. Der Antrag des AstA auf Beteiligung von Studenten mit Sitz und Stimme in den Fakultäten wurde erstmals 1959 gestellt. Der Senat stellte fest, daß keine Bedenken dagegen bestehen und empfahl mit Zustimmung des Verfassungs-

ausschusses den Fakultäten, Studenten in der Selbstverwaltung zu beteiligen. Diese Empfehlung wurde mit Unterstützung durch den Hochschulbeirat 1961 vom Senat, dem seit 14 Jahren zwei Studentenvertreter angehören, nochmals bekräftigt. Auch die Hochschulsektion befürwortete 1966 bei der Beratung des Entwurfes zum Hochschulgesetz die Vorstellungen der Studentenschaft.

Die Forderung nach paritätisch besetzten Arbeitsgemeinschaften zur Erörterung grundlegender Fragen der Studienreform stützt sich auf die 1921 verabschiedete „Vorläufige Satzung der Universität“ und auf das Hamburger Hochschulgesetz aus dem gleichen Jahr, worin bereits derartige Gremien verankert waren. 1961 hat der Hochschulbeirat ihre Bildung erneut empfohlen und der AstA einen Antrag dazu eingebracht. 1966 haben die Fakultätssprecher dem Senat nachdrücklich die Bitte um Bildung paritätischer Arbeitsgemeinschaften vorgetragen.

In einer Stellungnahme zu den Fakultätsbeschlüssen vom Januar 1967 erklärt der AstA Hamburg, diese Regelung trage alle Merkmale einer vorläufigen Zwischenlösung, die besonders in der Juristischen und der Philosophischen Fakultät auf die Dauer unerträglich sei. Der AstA erhebt die Forderung, daß spätestens im künftigen Hamburger Hochschulgesetz eine einheitliche Regelung für die Mitwirkungsrechte der Studenten gefunden werde. Eine solche Regelung sollte die Studenten im Akademischen Senat und in den Fakultäten mit Sitz und Stimme in allen Angelegenheiten außer den persönlichen Angelegenheiten des Lehrkörpers beteiligen. Die angestrebten Regelungen sind vorerst lediglich im „Berliner Modell“ und im Hessischen Hochschulgesetz verwirklicht.

(VDS-info)

Ausschreibung

Die BSZ sucht ihren Meister! Studenten, die sich zutrauen, diese Zeitung verantwortlich zu redigieren, werden gebeten, sich schriftlich beim AstA zu bewerben.

Vorausgesetzt wird Erfahrung im Zeitungsjournalismus (Volontariat usw.). Der Bewerber sollte mindestens 21 Jahre alt sein. Gesucht wird jemand, der alle Stilarten sicher beherrscht, der darüberhinaus ein fundiertes hochschulpolitisches Urteil hat, also schon möglichst Erfahrung als exponierter Studentenvertreter mitbringen sollte. Einer, der umsichtig einen Mitarbeiterstab dirigieren kann, der sowohl kreativ als auch kommerziell denkt und dem Überstunden nichts anhaben können.

Gedacht ist also an einen Allround-Idealisten, der die Hosen anhat und dazu die passenden Hosenträger, daß er sie anbehält. Dieser Job verlangt es!

Bewerbungen an den Allgemeinen Studentenausschuß, Bochum, Lennerhofstraße 66 (Baracke 8), werden unbedingt vertraulich behandelt.

Pax Romana in Bochum

BOCHUM. Im Anschluß an das Sommersemester 1967 findet in Bochum die 25. Generalversammlung der Internationalen Bewegung Katholischer Studenten (PAX ROMANA) statt.

Der Kongreß dauert 10 Tage. Er gliedert sich auf in einen Seminarteil (6 Tage) und einen Konferenztteil. Das Thema des Seminars lautet: „Der Student in der sich wandelnden Gesellschaft.“ Mit diesem Thema ist dem Kongreß ein hohes Ziel gesteckt, das nur durch eine gründliche Vorbereitung aller Teilnehmer bewältigt werden kann. Es werden 3 Hauptreferate gehalten: 1. Entwicklungstendenzen in der heutigen Gesellschaft; 2. Die Herausforderung des Studenten durch Wissenschaft und Politik; 3. Strukturen der katholischen Studentenschaft. An die Ausführenden des jeweiligen Referenten schließen sich Diskussions- und Arbeitsgruppen an, die sich nach Ländern und Sprachgruppen zusammensetzen.

Hier sollen die Ergebnisse der Vorträge aufgegriffen werden, auf die Situation der entsprechenden Länder konkretisiert und die Sonderprobleme und mögliche praktische Schlußfolgerungen erarbeitet werden. (KDSE-pid)

SPD zwischen zwei Stühlen

BOCHUM. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, Christoph Zöpel, sagte in einem Interview mit Werner Höfer („Die Zeit“) über das neue Verhältnis der SPD zu den studentischen Korporationen: „Wenn man uns erzählt, die Korporationen hätten sich gewandelt, so können wir aus besserer Kenntnis der Wirklichkeit nur sagen, daß höchstens die SPD sich gewandelt hat. Empörend ist es, daß die Öffnung nach rechts auf diesem Gebiet beschlossen wurde, ohne daß man uns konsultiert oder auch nur informiert hätte.“ (Christoph Zöpel studiert Wirtschaftswissenschaft in Bochum und ist Präsident der Fachschaftsversammlung seiner Abteilung.)

Wie schnell die Korporationen mit dem neuen Wind zu segeln bereit sind, zeigt ein Flugblatt des Corps Marchia, mit dem es die Diskussion mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der NPD, Adolf von Thadden, so rechtfertigt: „Die starke ‚SPD-Fraktion‘ im Corps Marchia wird Ihnen beim Versuch helfen, den Aufschwung dieser Partei (NPD) durch sachliche Diskussion zu bremsen.“

... gleich neben der Mensa

IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER

463 BOCHUM-QUERENBURG, LENNERSHOFSTRASSE 70 - TELEFON 51 13 60

Hans-Böckler-Kreis kann sich behaupten

BOCHUM. Die Bemühungen der Bochumer Studentenschaft um gute Beziehungen zur „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) in Leipzig haben bisher in den eigenen Reihen nur ein negatives Echo gefunden. War schon im vergangenen Jahr der ehemalige AStA-Vorsitzende Detlev Süßmilch nach einer Reise in die DDR von seinem Pressereferenten Peter Ruffin massiv angegriffen worden und letzten Endes dadurch zum Rücktritt gezwungen (vergl. auch Bericht Seite 1), so geriet nun der Hans-Böckler-Kreis in eine Krise, weil seine Mitglieder an den Gesprächen mit den FDJ-Funktionären teilnehmen wollten.

Der AStA hatte neben dem SHB und dem SDS auch den Hans-Böckler-Kreis zu den Gesprächen eingeladen. Ehe es jedoch dazu kam, informierte der Landesvorsitzende Jörg Balthasar den Bundesvorstand des DGB, und zwar, wie die Bochumer Studenten meinten, „einseitig“. Darauf forderte der Stellvertreter des Bundesvorsitzenden des DGB, Bernhard Tacke (CDU), sie auf, ihre Zusage zu den Gesprächen zurückzunehmen. DGB-Sekretär Braukmann setzte sich persönlich mit den Studenten auseinander. Als diese sich weigerten, den Wünschen des DGB nachzugeben, wurden die Beziehungen aufgekündigt. Zuschüsse aus der Stiftung Mitbestimmung sollten gestrichen werden.

Die Mitglieder des Hans-Böckler-Kreises ließen sich jedoch auf diese Weise nicht disqualifizieren (es soll ihnen von den Vertretern der DGB sogar die persönliche Reife abgesprochen worden

sein!). Sie verurteilten den Kollegen Balthasar „einmütig als unkollegial und undemokratisch“ und sprachen ihm „wegen seiner illoyalen Haltung gegenüber der Gruppe Bochum in eindeutiger Form ihr Mißtrauen aus“, erklärt der Vorstand des Kreises in einem Brief.

Darin wird weiter festgestellt: „Alle Hochschulgruppen der Ruhr-Universität sind bereit, die Einladung des AStA, mit FDJ-Vertretern zu diskutieren, anzunehmen. Das gilt nicht nur für den SHB und den SDS, sondern auch für den RCDS, dessen Landesvorsitzender am selben Tag (25. Januar) dem HBK-Vorstand seinen Wunsch bekundete, ein Gespräch mit der FDJ zu führen. Auch die überwiegende Mehrheit sogar rechtsgerichteter Verbindungen bemühte sich um ein Gespräch mit den Vertretern der Karl-Marx-Universität, ebenfalls die Evangelische Studentengemeinde, deren Pfarrer, Pastor Till-

man, die Gespräche gegenüber dem HBK ausdrücklich begrüßte.“ Wenn der HBK dann eine andere Haltung annähme, wäre das „ein Zeichen unselbständigen, opportunistischen und kleinmütigen Denkens“.

Der HBK erklärt, daß er zwar versteht, wenn der DGB „gute Gründe“ hat, „seinen Mitgliedern Kontakte zu offiziellen DDR-Organen zu untersagen, um einer kommunistischen Subversion unter den Arbeitern vorzubeugen“. Doch stehe der HBK ja nicht in „organisatorischer Abhängigkeit“ vom DGB und außerdem halte er es für seine Aufgabe, „in einem harten Gespräch der FDJ unseren freiheitlichen und demokratischen Standpunkt vorzutragen und ihr die Widersprüche und Widersinnigkeiten des DDR-Regimes vorzuhalten.“

Der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Kluncker, habe in einem Vortrag vor dem HBK Bochum erklärt, zwischen den Gewerkschaften z. B. der UdSSR oder Ungarns und dem FDGB gebe es keine „grundsätzlichen Unterschiede“ und daß es nur noch „eine Frage der Zeit sein könne, daß DGB-Gewerkschaften Kontakte zum FDGB aufnehmen.“ Man muß den Verdacht haben, daß die Frage der Zeit auch eine Frage der Bonner Koalition sein kann...

Im übrigen verliefen gerade die Gespräche mit der FDJ, an denen auch Mitglieder des HBK teilnahmen, am ergiebigsten. Die Diskussionen über die Mitbestimmung wurden von den Gästen aus Leipzig als „interessant“ bezeichnet.



... auch Sie könnten mal krank werden

Büro- und Sprechzeiten in Baracke 8

STUDENTENWERK E. V.

Geschäftsführender Vorsitzender

Schultz nach Vereinbarung Zimmer 3
Anmeldung Zimmer 4

Geschäftsstelle

(DSKV-Krankenscheine usw., Studentenreisedienst, Zimmervermittlung, Fahrschule usw.) Mo — Fr 10—13 Uhr Zimmer 1—2

STUDENTENSCHAFT AN DER RUHR-UNIVERSITÄT

AStA-Vorsitzender

Ermrich Fr 9—10 Uhr Zimmer 6
(Sonst nur nach Vereinbarung) Anmeldung Zimmer 5

AStA-Referenten

Bussiek (Hochschule) Mo, Di, Mi, Fr 12—13 Uhr Zimmer 7

Dröge (Presse u. Kultur) Mo, Di, Fr 10—11 Uhr Zimmer 7

Simon (Soziales) Mo, Mi 9—12 Uhr Zimmer 7
Fr 10—11 Uhr Zimmer 7

Oerter (Sport) Mi, Do, Fr 9—10 Uhr Zimmer 7

Geschäftsstelle Mo — Fr 10—13 Uhr Zimmer 5

Xerographieren Mo — Fr 14—16 Uhr Zimmer 5

Gruppenarbeit war ein Erfolg

Der Allgemeine Studentenausschuß der Technischen Hochschule Stuttgart hat jetzt in einer Umfrage unter den Studenten die Erfahrungen ausgewertet, die ein verstärkter Einsatz von Arbeitsgruppen im Studium gebracht hat. Die Resonanz der Gruppenarbeit unter den Studenten ist so groß, daß die nach einer Initiative des Stuttgarter AStA im Sommersemester 1965 zum erstenmal eingesetzten 37 Arbeitsgruppen bereits im Wintersemester 1965/66 auf eine Zahl von 59 erhöht werden mußten.

Die Studenten bemühen sich in diesen Arbeitsgruppen, den oft schwierigen und anspruchsvollen Stoff der Vorlesungen an geeigneten Übungsbeispielen nochmals zu erläutern. Durch die geringe Zahl der Teilnehmer kann jeder der Studenten völlig unbefangene Fragen stellen, die dann in gemeinsamer, zwangloser Diskussion geklärt werden. Nach den Stuttgarter Erfahrungen wird der einzelne Student dadurch zu verstärkter Mitarbeit angeregt und erhält so qualifizierte Sachkenntnis und zunehmende Studiensicherheit.

87 Prozent der befragten Teilnehmer der Arbeitsgruppen waren der Meinung, daß die Einarbeitung in das Stoffgebiet auch zeitlich erleichtert wurde. 93 Prozent betonten, daß ihnen viele Dinge aus dem Vorlesungsstoff erst während der Gruppenübungen klar geworden seien. Zugleich machten die befragten Studenten eine Reihe von Vorschlägen zur Gestaltung der Gruppenübungen und ihrer möglichen Verbesserung.

Die Mehrzahl war der Meinung, daß es ausreichend sei, Studenten mit Vor-diplom die Leitung der Arbeitsgruppen zu übertragen. Nur 17 Prozent forderten, Assistenten mit der Leitung zu beauftragen. 95 Prozent der Studenten hätten es begrüßt, wenn sie bereits im ersten Semester durch solche Arbeitsgruppen besser in ihr Studium eingeführt worden wären, und 98 Prozent wollen auch in den nächsten Semestern an Arbeitsgruppen teilnehmen. (Studentenspiegel)

Vietnam-Krieg schafft Fronten

BOCHUM. „Die Folgen eines längeren Krieges in Vietnam sind für die amerikanische Gesellschaft und ihre politische Orientierung unübersehbar“, sagte Prof. Diamant in einem Vortrag über die „Linke an den amerikanischen Universitäten“. Bis jetzt sei die Linke in Amerika, soweit man überhaupt davon sprechen könne, eine formlose Agglomeration verschiedener Gruppen ohne differenziertes ideologisches Profil gewesen.

Die Politisierung der Hochschulen habe verschiedene Wurzeln. Einerseits sei die Rebellion gegen das Establishment ein Generationenproblem, andererseits fördere die zunehmende Spezialisierung auch die Freisetzung politisch engagier-

ter Kräfte. Die verschiedenen Ansätze zur Politisierung, die „free-speech-Bewegung“ in Berkeley von 1964, die „sit-in-Bewegung“ im Süden der USA und die „Civil-rights-Bewegung“ hätten sich zu einer allgemeinen Bewegung gegen den Krieg in Vietnam ausgeweitet. Sie droht, die amerikanische Gesellschaft in zwei Lager zu spalten.

Prof. Diamant glaubt, daß die Studenten ihren politischen Einfluß noch verstärken werden. An vereinzelt Colleges und Universitäten hätten sie sich schon erstaunliche Mitbestimmungsrechte erobert, die nicht einmal an fortschrittlichen europäischen Hochschulen denkbar seien.



Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Auch junge Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.

Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!

Fortgeblasen sind die Sorgen: man ist DKV-geborgen!

Auskunft und Anmeldung

Studentenwerk Bochum e.V., dienstags von 12 bis 14 Uhr

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.

Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Postfach 505, Telefon 605 46-48

BOWLING FÜR STUDENTEN

Was ist BOWLING? – SPIEL oder SPORT?

BOWLING ist beides!!!!

kostenlose 5wöchige BOWLING-Kurse.

Anmeldung im AStA-Büro beim Sportreferenten, Baracke 8, Zimmer 7

RUHR BOWLING

46 Dortmund, Mallinckrodtstraße 212-214, Telefon 81 84 47-8

Darlehen und Freitisch

BOCHUM. Das Studentenwerk verwaltet den Studentischen Hilfsfond, aus dem für bedürftige Studierende zur Überbrückung kurzfristiger Notlagen ein Darlehen — selbstverständlich zinslos — oder aber ein einmaliger Zuschuß gezahlt werden können.

Allerdings bestehen für die Vergabe der Darlehen oder Zuschüsse Richtlinien. Das Studentenwerk ist jedoch bemüht, „die Vorschriften so weit wie möglich im Sinne des Antragstellers auszu-legen“.

Die Studierenden, auf die die Bestimmungen für die Vergabe der Darlehen zutreffen, können in den Genuß von Freitischmarken kommen, die das Studentenwerk auch im Sommersemester wieder ausgeben wird. Termine für Anträge werden noch gesondert bekanntgegeben.

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der Studentenschaft an der Ruhr-Universität. Verantwortlich: Roland Ermrich (Vorsitzender). Redaktion: Ulrich Dröge (Pressereferent).

Fotos: Rolf Hüper

Idee-Layout: Hendrik Bussiek

Anschrift: Bochum, Lennershofstr. 66 (Ruhr-Universität). Tel. 3 60 57/39 94 16

Bankverbindung: Städt. Sparkasse Bochum, Kto.-Nr. 29 720 070 und West-

falbank AG, Kto.-Nr. 902 365.

Druck: Druckhaus Schürmann & Klagges,

Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16,

Ruf 6 47 46-48, Telex 0 825 514

IHRE BANK IN QUERENBURG!

In beiden Zweigstellen in Bochum-Querenburg, Lennershofstraße 70 - unmittelbar neben der großen Mensa - und in der Overbergstraße 7, wollen wir Ihnen bei der Abwicklung Ihrer Bankgeschäfte behilflich sein. In beiden Zweigstellen werden unsere Mitarbeiter bemüht sein, Sie fachkundig und individuell, dem privaten Charakter unseres Hauses entsprechend, zu beraten. Neben der Auszahlung des „Honnefer-Modells“ - dies jedoch nur in der Lennershofstraße 70 - können Sie Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln:

Wenden

Sie sich daher vertrauensvoll an Ihre

Zweigstelle Ruhr-Universität
Lennershofstraße 70

Studentenkonto eröffnen sowie Sparkonto, Depotkonto und Gehaltskonto der Universitätskasse.

Die Durchführung des gesamten bargeldlosen Zahlungsverkehrs auf Grund von Daueraufträgen, z. B. Miete, Versicherungen und sonstige wiederkehrende Zahlungen.

Kredite in jeder Form.

An- und Verkauf von Reisezahlungsmitteln.

Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland.

Beratung in allen Wertpapierfragen.

WESTFALENBANK

AKTIENGESELLSCHAFT
BOCHUM HUESTRASSE 21-25

Zweigstelle Bochum-Querenburg
Overbergstraße 7